

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Appadurai, Arjun / Bauman, Zygmunt / della Porta, Donatella
Die große Regression

Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp
978-3-518-07291-2

SV

Sonderdruck
edition suhrkamp

Die große Regression

Eine internationale Debatte über die
geistige Situation der Zeit

Herausgegeben von Heinrich Geiselberger

Suhrkamp

Erste Auflage 2017
edition suhrkamp
Sonderdruck
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2017

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags
sowie der Übertragung durch

Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-07291-2

Inhalt

Vorwort 7

Arjun Appadurai
Demokratiemüdigkeit 17

Zygmunt Bauman
*Symptome auf der Suche nach ihrem Namen und
Ursprung* 37

Donatella della Porta
*Progressive und regressive Politik
im späten Neoliberalismus* 57

Nancy Fraser
*Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die
Traufe des reaktionären Populismus* 77

Eva Illouz
*Vom Paradox der Befreiung zum Niedergang der
liberalen Eliten* 93

Ivan Krastev
Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur? 117

Bruno Latour
Refugium Europa 135

Paul Mason
Keine Angst vor der Freiheit 149

Pankaj Mishra
Politik im Zeitalter des Zorns.
Das dunkle Erbe der Aufklärung 175

Robert Misik
Mut zur Verwegenheit 197

Oliver Nachtwey
Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in
westlichen Gesellschaften 215

César Rendueles
Globale Regression und
postkapitalistische Gegenbewegungen 233

Wolfgang Streeck
Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom
Ende des neoliberalen Kapitalismus 253

David Van Reybrouck
Lieber Präsident Juncker 275

Slavoj Žižek
Die populistische Versuchung 293

Die Beiträgerinnen und Beiträger 315

Textnachweise 319

Vorwort

»Wenn eine Weltordnung zusammenbricht,
beginnt das Nachdenken darüber.«

*Ulrich Beck, 2011*¹

Die Idee zu diesem Buch entstand im Spätherbst 2015, nachdem am 13. November eine Serie von Anschlägen Paris erschüttert hatte und als in Deutschland die Diskussion über die Ankunft Hunderttausender Flüchtlinge immer heftiger wurde. Der politische, mediale und diskursive Umgang mit diesen Ereignissen ließ den Eindruck aufkommen, als fiele die Welt plötzlich hinter hart erkämpfte und für gesichert gehaltene Standards zurück.

In unmittelbarem Zusammenhang mit Terrorismus und Migration steht die Tatsache, dass sich rund um den Globus die Gebiete ausdehnen, in denen es keine Staatlichkeit mehr gibt. Die drei Herkunftsländer, aus denen im Jahr 2016 die meisten Menschen in Deutschland Asyl beantragten – Syrien, Afghanistan und der Irak –, rangieren im »Fragile State Index« 2016 der NGO Fund for Peace auf vorderen Plätzen.² Waren die weißen Flecken auf den Landkarten jahrhundertlang immer kleiner geworden, scheint es nun in die andere Richtung zu gehen: Im Zeitalter von Google Maps wachsen paradoxerweise die Gebiete, über die man wenig weiß und die Kartografen früherer Zeitalter wohl mit der Phrase »hic sunt leones« gekennzeichnet hätten.

Viele politische Reaktionen auf die Terroranschläge und die Migrationsbewegungen passten sich wiederum in

ein Muster ein, das man als »Versicherheitlichung« (*securitization*) und als postdemokratische Symbolpolitik bezeichnen könnte: Rufe nach Zäunen, ja sogar nach Schießbefehlen an den Grenzen wurden laut; der französische Präsident verhängte den Ausnahmezustand und erklärte, das Land befinde sich im Krieg. Unfähig, die globalen Ursachen von Herausforderungen wie Migration, Terrorismus oder wachsender Ungleichheit mit nationalen Mitteln anzugehen oder ihnen mit langfristigen Strategien zu begegnen, setzen immer mehr Politiker auf Law and Order im Inneren und das Versprechen, das jeweilige Land wieder »groß« zu machen.³ In ihren Rollen als Arbeitnehmerinnen, Mit-Souveräne, Schüler oder Nutzerinnen der öffentlichen Infrastruktur kann man den Bürgerinnen und Bürgern im Zeitalter der Austerität offenkundig nicht mehr viel bieten. Also verlagert sich der Schwerpunkt des politischen Handels auf die Dimension der nationalen Zugehörigkeit, auf das Versprechen von Sicherheit und der Wiederherstellung des (vermeintlichen) Glanzes vergangener Zeiten.

Man könnte die Liste der Symptome des Rückfalls fast beliebig verlängern: um die Sehnsucht nach einer anarchischen, unilateralen Deglobalisierung oder das Entstehen der Identitären Bewegung zum Beispiel in Frankreich, Italien und Österreich, um die zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie, um eine Welle der sogenannten Hasskriminalität und natürlich um den Aufstieg autoritärer Demagogen wie Rodrigo Duterte, Recep Tayyip Erdoğan oder Narendra Modi.

All dies ging bereits im Spätherbst 2015 mit einer Hysterisierung und Verrohung des öffentlichen Diskurses und einem gewissen apokalyptischen Herdentrieb seitens der

etablierten Medien einher. Anscheinend konnte man nicht länger über Flucht und Migration reden, ohne Begriffe aus den Wortfeldern »Naturkatastrophen« und »Epidemien« zu verwenden.⁴ Anstatt zu Gelassenheit und Pragmatismus aufzurufen oder die Ereignisse historisch zu kontextualisieren und damit zu relativieren, wurden Terrorgefahr und Migration nicht nur in Deutschland zur größten Herausforderung seit – wohlgemerkt nicht der Wiedervereinigung, sondern – dem Zweiten Weltkrieg stilisiert. Und bei Demonstrationen sowie im Internet kursierten plötzlich Begriffe wie »Lügenpresse«, »Kanzlerinnendiktatur« und »Volksverräter«.

Symptome wie diese werden im vorliegenden Buch unter dem Begriff der »großen Regression« diskutiert. Jenseits aller – von dem Begriff möglicherweise implizierten – naiven Fortschrittsgläubigkeit soll er zum Ausdruck bringen, dass in den unterschiedlichsten Bereichen Sperrklinkeneffekte außer Kraft gesetzt scheinen und wir Zeugen eines Zurückfallens hinter ein für unhintergebar erachtetes Niveau der »Zivilisiertheit« werden.⁵ Der Terminus soll aber zugleich ein weiteres rätselhaftes Phänomen bezeichnen: den Umstand, dass die Debatte über die Auswirkungen der Globalisierung phasenweise ihrerseits hinter den Stand zurückgefallen ist, den sie vor fast zwanzig Jahren schon einmal erreicht hatte. An zwei aus heutiger Sicht prophetische Mahnungen wurde bereits unmittelbar nach der Wahl Donald Trumps vielfach erinnert: An Ralf Dahrendorfs Satz, das 21. Jahrhundert könne das »Jahrhundert des Autoritarismus« werden.⁶ Und an Richard Rortys Buch *Stolz auf unser Land*, in dem er die Auswirkungen der Globalisierung (und die Rolle der »kulturel-

len Linken«) problematisiert und eine ganze Reihe möglicher Rückschritte auflistet: den Aufstieg »ordinärer Demagogen«, eine Zunahme der sozialen und ökonomischen Ungleichheit, den Anbruch einer »Orwellschen Welt«, ein Aufbegehren der Abgehängten, eine Rückkehr des »Sadismus«, des Ressentiments sowie der abwertenden Bemerkungen über Frauen und Angehörige von Minderheiten.⁷

Der Sammelband, in dem sich der zitierte Ausblick Dahrendorfs findet, erschien 1998 und damit auf dem Höhepunkt einer ersten Welle des Nachdenkens über die Globalisierung. Blättert man Bücher aus diesen Jahren durch, stößt man auf weitere Sätze, die sich als Kommentare zu Ereignissen im Jahr 2016 lesen lassen. Wilhelm Heitmeyer warnte vor »einem autoritären Kapitalismus«, »staatlicher Repressionspolitik« und »rabiaterem Rechtspopulismus«.⁸ Dani Rodrik prophezeite, die Globalisierung werde zu »sozialer Desintegration« führen, und mahnte, ein »protektionistischer Rückschlag« sei kein unrealistisches Szenario.⁹

Viele der entsprechenden Einschätzungen basieren auf so etwas wie der »polanyischen Mechanik« einer Zweiten Großen Transformation. Der österreichisch-ungarische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi zeichnet in seinem 1944 erschienenen Klassiker *The Great Transformation* nach, wie die kapitalistische Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert aus kleineren, feudalen, agrarisch geprägten, politisch, kulturell und institutionell integrierten Zusammenhängen ausbricht, was zu einer Reihe von Nebenfolgen und Gegenbewegungen führt, bis die Ökonomie auf der Ebene nationaler Wohlfahrtsstaaten wieder eingebettet wird.¹⁰ Diese geografisch wie sozial raumgreifende Entwicklung wiederholt sich nun, da der Kapi-

talismus die Grenzen des Nationalstaates hinter sich lässt – erneut mit vielerlei Nebenfolgen und Gegenbewegungen.¹¹ Man denke nur an die Gründung von Attac 1998, die sogenannte »Battle of Seattle« 1999 und das erste Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre auf der linken¹² beziehungsweise die ersten Erfolge globalisierungskritischer Populisten auf der rechten Seite: an Pat Buchanans überraschend starkes Abschneiden bei den Vorwahlen der US-Republikaner 1996 (auf das sich Rorty und Rodrik bezogen) oder den Erfolg von Jörg Haider's FPÖ, die 1998 bei den österreichischen Parlamentswahlen die zweitmeisten Stimmen holte.

Fasst man die damaligen Lösungsvorschläge zusammen, so wurde – im Anschluss an die von Polanyi beschriebene Bewegung – eine Wiedereinbettung der entfesselten Ökonomie auf globaler Ebene gefordert: Durch den Aufbau transnationaler Institutionen sollte die Politik in die Lage versetzt werden, globale Lösungen für globale Probleme zu suchen. Parallel dazu sollte eine entsprechende Geisteshaltung entstehen, ein kosmopolitisches Wir-Gefühl.¹³

Die bittere Ironie besteht darin, dass die seinerzeit skizzierten Globalisierungsrisiken in den folgenden Jahren allesamt real wurden – internationaler Terrorismus, Klimawandel, Finanz- und Währungskrise, schließlich große Migrationsbewegungen –, man aber dennoch politisch nicht darauf vorbereitet war. Und auch auf der subjektiven Seite ist es offenbar nicht zur Etablierung eines robusten kosmopolitischen Wir-Gefühls gekommen. Vielmehr erleben wir heute eine Renaissance ethnischer, nationaler und konfessioneller Wir/sie-Unterscheidungen. Nach dem vermeintlichen »Ende der Geschichte« hat

die Logik eines »Kampfes der Kulturen« überraschend schnell die Freund-Feind-Schemata des Kalten Krieges ersetzt.

Hatte man die um sich greifende Regression vor diesem Hintergrund im Spätherbst 2015 einmal im Blick, fügten sich die nächsten Ereignisse – der Konflikt in Syrien, das Ergebnis der Brexit-Abstimmung, der Anschlag in Nizza, die Erfolge der AfD in Deutschland, der Putschversuch in der Türkei und die politischen Reaktionen darauf, der Wahlsieg Trumps etc. – zu einem düsteren Panorama.

War bislang vor allem von *Globalisierungsrisiken* die Rede, betonten viele der Essays in diesem Band, dass es sich um eine *marktradikale* Form der Globalisierung handelt, weshalb man mit gleichem Recht von *Neoliberalismusrisiken* sprechen könnte. Insofern lassen sich die hier versammelten Beiträge auch als Studien zu der Frage lesen, in wie vielen verschiedenen Hinsichten – um Ernst-Wolfgang Böckenförde variierend zu zitieren¹⁴ – neoliberale Demokratien von Voraussetzungen leben, die sie selbst nicht garantieren können: Medien, die einen gewissen Meinungspluralismus bieten, intermediären Assoziationen wie Gewerkschaften, Parteien oder Vereinen, in denen Menschen so etwas wie Selbstwirksamkeit erfahren können; von wirklich linken Parteien, denen es gelingt, die Interessen unterschiedlicher Milieus zu artikulieren, und von einem Bildungssystem, das Bildung nicht auf die Bereitstellung von »Humankapital« und das Auswendiglernen von Pisa-Aufgaben reduziert.

Möglicherweise ist die große Regression, die sich derzeit beobachten lässt, also das Ergebnis eines *Zusammenwirkens* von Globalisierungs- und Neoliberalismusrisi-

ken: Die Probleme, die sich aufgrund mangelnder politischer Steuerung der globalen Interdependenz ergeben, treffen Gesellschaften, die darauf institutionell und kulturell nicht vorbereitet sind.

Dieses Buch will an die Globalisierungsdiskussion der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts anknüpfen und sie fortführen. Wissenschaftlerinnen und öffentliche Intellektuelle äußern sich hier zu drängenden Fragen: Wie sind wir in diese Situation geraten? Wo stehen wir in fünf, zehn oder zwanzig Jahren? Wie kann man die globale Regression stoppen und wieder umkehren? Es handelt sich um den Versuch, im Angesicht einer Internationale der Nationalisten auf drei Ebenen so etwas wie eine transnationale Öffentlichkeit herzustellen: auf der Ebene der Beiträgerinnen und Beiträger, auf der Ebene der untersuchten Phänomene und auf der Ebene der Distribution: Der Band erscheint zeitgleich in mehreren Ländern.

Mein erster Dank gilt natürlich den Beiträgerinnen und Beiträgern für ihre Bereitschaft, an diesem Unterfangen mitzuwirken und in relativ kurzer Zeit substanzielle Texte zu verfassen. Des Weiteren danke ich den internationalen Partnerverlagen für ihr Vertrauen in das Projekt sowie Mark Greif und John Thompson für ihre Ratschläge. Dieser Band ist auch ein Verlagsprojekt, das ohne meine Kolleginnen und Kollegen bei Suhrkamp nicht möglich gewesen wäre. Ein besonderer Dank geht daher an Edith Baller, Felix Dahm, Andrea Engel, Eva Gilmer, Petra Hardt, Christoph Hassenzahl, Christian Heilbronn, Nora Mercurio und Janika Rüter.

Berlin, im Dezember 2016
Heinrich Geiselberger

Anmerkungen

- 1 Ulrich Beck, »Kooperieren oder scheitern. Die Existenzkrise der Europäischen Union«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2 (2011), S. 41–53.
- 2 J. J. Messner, *Fragile State Index 2016*, Washington: The Fund for Peace 2016, S. 7.
- 3 Vgl. dazu Zygmunt Bauman, *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*, Berlin: Suhrkamp 2016.
- 4 Was visuell noch dadurch unterstrichen wurde, dass die entsprechenden Fotos oft Menschen mit Mundschutz (wofür es pragmatische Gründe geben mag) zeigten, wie auch die ungarische Kamerafrau einen trug, die im September 2015 nach Flüchtlingen trat.
- 5 Vgl. dazu und zum Begriff der »regressiven Modernisierung« Oliver Nachtwey, *Die Abstiegs Gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp 2016.
- 6 Ralf Dahrendorf, »Anmerkungen zur Globalisierung«, in: *Perspektiven der Weltgesellschaft*, herausgegeben von Ulrich Beck, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998, S. 41–54, S. 52 f.
- 7 Richard Rorty, *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999, insbesondere Kapitel 4 »Eine kulturelle Linke«, S. 43–103, S. 81 ff.
- 8 Wilhelm Heitmeyer, »Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen«, in: *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, herausgegeben von Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998, S. 497–534, S. 500 (dort kursiv).
- 9 Dani Rodrik, *Grenzen der Globalisierung. Ökonomische Integration und soziale Desintegration*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2000 [1997], S. 86. Nennen könnte man in diesem Zusammenhang außerdem u. a. Benjamin Barber, *Coca-Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen*, Bern/München/Wien: Scherz 1996; Noam Chomsky, *Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Hamburg/Wien: Europa Verlag 2000; Viviane Forrester, *Der Terror der Ökonomie*, Wien: Zsolnay 1997; Robert B. Reich, *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*, Berlin/Frankfurt: Ullstein 1993; Harald Schumann und Hans-Peter Martin, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1996; Joseph E. Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin: Siedler 2002.

- 10 Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978 [1944].
- 11 Vgl. dazu – mit explizitem Bezug auf Polanyi – Philip G. Cerny, »Globalisierung und die neue Logik kollektiven Handelns«, in: *Politik der Globalisierung*, herausgegeben von Ulrich Beck, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998, S. 263-296.
- 12 Seinerzeit begleitet von weiteren einflussreichen publizistischen und theoretischen Diagnosen, man denke nur an Bücher wie Naomi Kleins *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht – ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern* (München: Riemann 2001) oder *Empire. Die neue Weltordnung* von Michael Hardt und Toni Negri (Frankfurt am Main/New York: Campus 2002).
- 13 Vgl. dazu u. a. Ulrich Beck, *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004.
- 14 Bei Böckenförde heißt es, wenngleich in einem anderen Kontext: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.« (Ernst-Wolfgang Böckenförde, »Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation«, in: ders., *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1977 [1967], S. 42-64, S. 60)

Demokratiemüdigkeit

Arjun Appadurai

Die entscheidende Frage unserer Zeit ist, ob wir gerade die weltweite Ausmusterung der liberalen Demokratie und ihre Ersetzung durch irgendeine Form des populistischen Autoritarismus erleben. Deutliche Anzeichen für eine solche Entwicklung lassen sich in Trumps Amerika, Putins Russland, Modis Indien und Erdoğan's Türkei beobachten. Und auch in vielen EU-Ländern sind autoritäre Regierungen entweder bereits an der Macht, wie Orbán in Ungarn oder Duda in Polen, oder autoritäre rechte Parteien haben, wie in Frankreich und Österreich, gute Chancen, demnächst an die Macht zu kommen. Die Bevölkerung dieser Länder macht zusammen fast ein Drittel der Weltbevölkerung aus. Angesichts dieses globalen Rechtsrucks wächst das Unbehagen, doch gute Erklärungen sind bislang Mangelware. Im Folgenden möchte ich mich an einer Erklärung versuchen und das Programm für eine von Europa ausgehende Gegenoffensive skizzieren.

Führer und Anhänger

Wir müssen uns einen neuen Begriff von dem Verhältnis machen, das in den heutigen populistischen Bewegungen zwischen Führern und Anhängern besteht. Den herkömmlichen analytischen Rastern zufolge haben wichtige gesellschaftliche Entwicklungen im Bereich des Politischen

mit Dingen wie Charisma, Propaganda, Ideologie etc. zu tun, die eine starke Verbindung zwischen Führern und Anhängern voraussetzen. Natürlich stehen Führer und Anhänger auch heutzutage in einer Verbindung zueinander, doch diese Verbindung muss man eher als zufällige Schnittmenge zwischen den Ambitionen, Visionen und Strategien der Anführer und den Ängsten, Wunden und Ressentiments ihrer Anhänger betrachten. Die Führer, die durch die neuen populistischen Bewegungen hochgekommen sind, pflegen typischerweise einen fremdenfeindlichen, patriarchalischen und autoritären Stil. Während einige dieser Tendenzen auch bei ihren Anhängern vorhanden sein mögen, sind Letztere doch zudem ängstlich, wütend und empört über das, was ihre Gesellschaften ihnen beschert oder angetan haben. Dennoch passen ihre Profile zueinander und kommen insbesondere bei Wahlen, so gesteuert und manipuliert diese auch möglicherweise sind, zur Deckung. Das ist nicht ganz leicht zu verstehen. Warum gibt es in Indien und den Vereinigten Staaten Muslime, die für Modi beziehungsweise für Trump stimmen? Warum gibt es amerikanische Frauen, die Donald Trump vergöttern? Warum gibt es gesellschaftliche Gruppen in der ehemaligen DDR, die jetzt rechtsextreme Politiker wählen? Wenn wir Antworten auf diese Fragen finden wollen, müssen wir die Führer der neuen populistischen Bewegungen und ihre Anhänger ein Stück weit getrennt voneinander betrachten.

Die Botschaft von oben

Die neuen populistischen Führer erkennen, dass sie in einer Zeit nach der nationalstaatlichen Macht greifen, in der die nationale Souveränität in einer Krise steckt. Das auffälligste Symptom für diese Krise der Souveränität ist, dass kein moderner Nationalstaat mehr die Kontrolle über das besitzt, was man seine Volkswirtschaft nennen könnte. Von diesem Problem sind die reichsten Nationen ebenso betroffen wie die allerärmsten. Ein beträchtlicher Teil der US-amerikanischen Wirtschaft ist in chinesischem Besitz, die Chinesen sind elementar auf Rohstoffe aus Afrika, Lateinamerika und anderen Teilen Asiens angewiesen, in gewissem Maße sind wir alle vom Öl aus dem Nahen Osten abhängig, und praktisch kein moderner Nationalstaat kann auf die hoch entwickelten Rüstungsgüter einer Handvoll wohlhabender Länder verzichten. Ökonomische Souveränität als Grundlage für die nationale Souveränität war immer ein zweifelhaftes Prinzip. Heute aber verliert es zunehmend an Plausibilität.

Angesichts der Tatsache, dass es keine Volkswirtschaften mehr gibt, deren Schutz und Entwicklung moderne Staaten zu ihrer Aufgabe erklären könnten, muss man sich nicht wundern, dass real existierende Staaten und aufstrebende populistische Bewegungen auf der ganzen Welt versuchen, die nationale Souveränität auf dramatische Art und Weise zu reinszenieren, indem sie eine die Mehrheit repräsentierende chauvinistische Leitkultur und einen Ethnonationalismus ausrufen und innenpolitisch jeden intellektuellen und kulturellen Widerspruchs unterdrücken. Der allgemeine Verlust der ökonomischen Souverä-

nität führt, mit anderen Worten, zu einer Aufwertung der kulturellen Souveränität. Diese Besinnung auf Kultur als den Hort nationaler Souveränität hat viele Gesichter.

Nehmen wir Russland unter der Herrschaft Wladimir Putins. Im Dezember 2014 unterzeichnete Putin ein Dekret, in dem für Russland eine staatliche Kulturpolitik nach der Devise »Russland ist nicht Europa« festgeschrieben wurde. Unverhohlen bringt das Dekret Putins Feindseligkeit gegenüber der westlichen Kultur und dem europäischen Multikulturalismus zum Ausdruck, den er selbst mit zwei sexuell abfälligen Ausdrücken als »kastriert und unfruchtbar« charakterisiert,¹ und erklärt die russische Männlichkeit zur politischen Kraft. Diese Rhetorik, die sich auf eine lange Tradition slawophilen Empfindens und russophiler Kulturpolitik gründet, beschwört eine Rückkehr zu traditionellen russischen Werten. Zu den unmittelbaren Begleitumständen des Dokumentes gehörte die Schlacht um die Zukunft der Ukraine; die Absage der Konzerte des kremlkritischen russischen Rockmusikers Andrej Makarewitsch muss man in diesen Zusammenhang einordnen; und auch die langjährige Schikaniierung der Popgruppe Pussy Riot ist Ausdruck derselben Denkungsart. Hier wird eine Politik des »homogenen Kulturraums« für ganz Russland propagiert und klargestellt, dass Russlands kulturelle Einheit und Einzigartigkeit sowohl gegen kulturelle Minderheiten im Inland als auch gegen politische Feinde im Ausland eine schlagkräftige Waffe darstellt.

Auch die Türkei hat unter Recep Tayyip Erdoğan die Kultur in ein Theater der Souveränität verwandelt. Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist die Forderung nach einer Rückkehr zu den Traditionen, Sprachformen